

Habeck warnt vor Blockade des Rückbaus

Brunsbüttel (Ino) Die Sorge vor Strahlenfolgen durch den geplanten Abriss des Atomkraftwerks Brunsbüttel hat den zweitägigen Erörterungstermin dominiert. Einwender reiche es nicht aus, dass die Betreibergesellschaft bei ihren Vorhaben die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung einhalte, teilte das Umweltministerium gestern in Kiel mit. Diese Grenzwerte müssten deutlich unterschritten werden, forderten die Atomkraftgegner. „Wir brauchen die kritischen Hinweise, um zur bestmöglichen Entscheidung über die Anträge zu kommen“, sagte Energieminister Robert Habeck (Grüne). Er fügte hinzu: „Ich hoffe aber sehr, dass sich die Kritik am Rückbaukonzept nicht im Ergebnis gegen den Rückbau richtet und ihn auf Jahre blockiert. Das wäre genau das Gegenteil von dem, wofür wir als Atomkraftgegner immer gekämpft haben.“

Bis Dienstagabend erörterten die Experten vor Ort mit Anwohnern, die Bedenken gegen die Pläne haben — insgesamt rund 260 unterschiedliche Einwendungen. Daran nahmen 30 Gegner und Sachbeistände sowie zahlreiche Zuschauer teil. „Dass die verbliebenen Einwender kurz vor Schluss die Veranstaltung verließen, finde ich bedauerlich. Wir werden aber weiterhin die Türen offen halten“, sagte Habeck.

Der Brunsbütteler Meiler ist seit 2007 wegen technischer Pannen nicht mehr am Netz. Betreiber Vattenfall hatte Ende 2012 den Rückbau des 1 Kraftwerks beantragt. Gegen das Vorhaben haben fast 900 Menschen schriftlich Bedenken vorgetragen. Die Atomaufsicht will 2017 über den Antrag entscheiden. Rückbau und Abriss des Meilers werden voraussichtlich 15 Jahre dauern.